

Castor-Transporte

## **Dringende Mahnung zur Gewaltlosigkeit**

Von Rüdiger Holecek

**Ende März sollen die ersten sechs von insgesamt 18 in diesem Jahr erwarteten Transportbehältern der Baureihe Castor auf dem Schienenweg an der Verladestation Lüchow-Dannenberg eintreffen.**

Dann steht ein rund 25 Kilometer langer Straßentransport durch das Wendland bevor, der traditionell von massiven Protesten der Kernkraftgegner begleitet wird. An diesem Einsatz werden zum Schluss rund 20 000 Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen haben - mindestens drei solcher Sammeltransporte stehen in diesem Jahr an. Weil im Frühjahr 1998 bei Atommüll-Transporten überhöhte radioaktive Kontaminationen an den Transportbehältern festgestellt worden waren, hatte sich die Gewerkschaft der Polizei in Sorge um die Gesundheit der solche Transporte begleitenden Einsatzkräfte vehement für einen vorläufigen Transportstopp eingesetzt. Das für die Transportsicherheit und den Strahlenschutz zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) knüpfte daraufhin die Wiederaufnahme von Brennelement-Transporten im Inland und ins Ausland an die Erfüllung eines Maßnahmen- und Kriterienkataloges, an dem auch die GdP mitgewirkt hatte.

Bundesumweltminister Trittin versicherte Ende Januar in Berlin in einem Gespräch mit dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg und dem im geschäftsführenden Bundesvorstand für Großeinsätze zuständigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Heinz Kiefer, dass umfangreiche Maßnahmen zur Kontaminationskontrolle, Transportdokumentation und Meldepflicht getroffen worden seien, die die Einhaltung der international festgelegten Grenzwerte für die gesamte Dauer der Transporte mit ausreichender Sicherheit gewährleisten. Die Oberflächenkontamination war seinerzeit bei Transportbehältern festgestellt worden, die in den Abklingbecken nass beladen wurden. Die im März erwarteten Glaskokillen aus La Hague werden nach einem anderen Verfahren mit den radioaktiven Abfällen gefüllt.

Die GdP-Spitze forderte den Bundesumweltminister auf, sich in den Gesprächen mit Bürgerinitiativen und Kernkraftgegnern in seiner Partei unmissverständlich für Gewaltlosigkeit einzusetzen und deutlich zu machen, dass auch passiver Widerstand durch Sitzblockaden eine Zumutung für die dann zur Räumung gezwungenen Kräfte ist. GdP-Vorsitzender Freiberg: "Jeder hat das Recht zu demonstrieren, Widerstand gegen die Transporte und damit gegen die Polizei ist vom Demonstrationsrecht nicht gedeckt."

Bei dem Treffen bekräftigte Trittin das Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Transporte auf ein Minimum zu reduzieren. Dem diene der vereinbarte Atomkonsens, der die Einrichtung von Interims- beziehungsweise Zwischenlagern an den Kraftwerksstandorten vorsehe. Damit würden in absehbarer Zeit Transporte in die zentralen Zwischenlager Gorleben und Ahaus überflüssig. Mit dem Konzept der direkten Endlagerung in einem einzigen Endlager könnten die Atomtransporte mittelfristig auf ein Drittel des früheren Umfangs reduziert werden. Die Transporte aus Frankreich seien jedoch unumgänglich. Trittin: "Deutschland ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet, die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in La Hague zurück zu nehmen. "

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 3/2001](#))